Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, — zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 6, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaction und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.
Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3,
L. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Strehlenerstraße 6.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Königgrätzerstraße 116.
Fernsprecher Amt VI Nr. 3200.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 362. **Sonnabend** den 19. Juli 1902. **96. Jahrgang.**

Wer hat den Nutzen von einem Scheitern der Zollvorlage?

Man schreibt uns: „In einem Artikel über die nächsten Wahlen erklärt die „Freisinnige Zeitung" sehr zutreffend, daß die Zollfrage unter allen Umständen eine große Rolle spielen würde, möge nun der Zolltarifentwurf bis dahin zu Stande gekommen sein oder nicht, denn der Streit um den Entwurf bilde nur den ersten Abschnitt der Kämpfe. Die Hauptentscheidung fiele nach den Wahlen mit den Handelsverträgen zusammen. Das Blatt erachtet diesen Kampf für aussichtsvoller, wenn der Tarifentwurf scheitere an dem Widerstreit der Parteien oder der Uneinigkeit zwischen der Regierung und den Schutzzöllnern.

Diese durchaus zutreffenden Ausführungen des führenden Organs der freisinnigen Volkspartei sollten besondere Beachtung bei Denen finden, die geneigt sind, den Entwurf zu Falle zu bringen, weil ihnen die Zölle nicht hoch genug erscheinen. Die Aussichten für die Gegner jeder Zollerhöhung sind bei einem Scheitern des Entwurfes vor Allem aus drei Gründen nicht ungünstig. Zum Ersten ist die Erregung eine viel größere, wenn nach nahezu zweijährigen parlamentarischen Verhandlungen über den Tarif gar nichts zu Stande gekommen ist. Solche Zeiten der Erregung über wirthschaftliche Vorgänge sind aber ebenso den Radicalen günstig, wie die Zeiten der Erregung über nationalpolitische Streitfragen — man denke an das Septennat und noch vorher an die Wahlen nach den Attentaten auf den alten Kaiser — den rechtsstehenden Parteien vortheilhaft sind. Zum Zweiten haben die Gegner der Zollerhöhung beim Scheitern des Tarifentwurfes eine viel positivere Handhabe für ihre Agitation. Ist der Entwurf vor den Neuwahlen angenommen, so wird es den zollgegnerischen Parteien sehr schwer werden, die Wähler davon zu überzeugen, daß der Kampf gegen auf der Basis des Zolltarifs aufgebaute Handelsverträge noch einen praktischen Erfolg haben könnte. Wenn aber der Wähler sich erst sagt: „Es nützt doch nichts", so stürzt er sich nicht mit besonderem Eifer in die Wahlbewegung. Ganz anders aber ist die Sachlage, wenn der Zolltarifentwurf gescheitert ist. Denn in diesem Falle ist der Reichstag nach keiner Richtung hin gebunden und deshalb kann es der Wählerschaft viel eher plausibel gemacht werden, daß ein Parlament mit starker radicaler Minderheit den Abschluß solcher Handelsverträge, die den bestehenden gegenüber Zollerhöhungen aufweisen, hintertreiben könnte. Schließlich würde es ein die Agitation der Zollgegner stark unterstützendes Moment sein, wenn sie an dem gescheiterten Tarife exemplificiren könnten, daß die Freunde der Zollerhöhung selbst nicht wüßten, was sie wollten, und deshalb gar nicht im Stande wären, in wirthschaftlichen Dingen fruchtbare Arbeit zu leisten.

Nimmt man hinzu, daß beim Scheitern des Zolltarifs der Regierung die Ausgabe einer wirksamen Wahlparole erschwert wird, so wird man zugeben müssen, daß in diesem Falle die radicalen Parteien starke Trümpfe in der Hand hätten. Unter den linksstehenden Parteien aber wären es wiederum die Socialdemokraten, die bei der allgemeinen Confusion den Hauptfischzug thäten. Die „Freisinnige Zeitung" sagt abermals sehr richtig, daß der Socialdemokratie der Radau, nicht die Zollpolitik selbst, sondern die Ausbeutung der zollpolitischen Situation für ihre Parteizwecke die Hauptsache sei. Diese Taktik ist sicherlich alles eher als lobenswerth, aber sie ist zweifellos bei den Wahlen wirksam. Scheitert der Zolltarif deshalb, weil einem Theile der zollfreundlichen Mehrheit die Zollsätze für Lebensmittel noch nicht hoch genug sind, so wird man socialdemokratische Wahlflugblätter von einer Blutrünstigkeit erleben, wie sie selbst bei den heftigsten Wahlkämpfen bisher noch nicht erhört gewesen ist. Und diese Wahlflugblätter werden ihre Schuldigkeit thun, da sie ja in erster Reihe auf diejenigen Classen der Bevölkerung speculiren, bei denen eine drastische Sprache mehr wirkt, als sachliche und wahrheitsgemäße Argumente.

Das Scheitern der Zolltarifvorlage also würde möglicherweise dem neuen Reichstage eine stärkere rothe Nuance geben. Ob damit etwas für die Interessen der Landwirthschaft gewonnen wäre, das mag sich jeder Freund der Landwirthschaft selbst beantworten."

Deutsches Reich.

* **Leipzig**, 18. Juli. (Vom Coalitionsrecht der Arbeitgeber.) Das Reichsgericht hat in den letzten Jahren mehrere Urtheile erlassen, die für die Auslegung des § 152 der Gewerbeordnung, namentlich in Bezug auf die dadurch den Arbeitgebern gewährte Coalitionsfreiheit, von erheblicher Bedeutung sind. Der § 152 läßt in seinem ersten Absatz Vereinigungen der Gewerbetreibenden und der Arbeitnehmer zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Entlassung der Arbeiter oder Einstellung der Arbeit, zu, indem er die dagegen gerichteten Verbote und Strafbestimmungen aufhebt; nach dem Absatz 2 begründen indessen solche Vereinigungen weder ein klagbares noch ein natürliches Schuldverhältniß, jedem Theilnehmer steht jederzeit der Rücktritt frei. Es sind nun zwei Fälle zur Beurtheilung des Reichsgerichts gekommen, in denen es zweifelhaft war, ob der § 152 zur Anwendung zu kommen habe. In dem einen Falle hatten, nachdem die Brodträger einen Boycott über einzelne Bäckereien verhängt hatten, die sämmtlichen Bäckermeister sich geeinigt, daß sie mit Rücksicht auf diesen Boycott keinem Brodhändler, Brodträger, Wirth oder Kutscher, wenn derselbe vorher nicht bereits regelmäßiger Abnehmer der Bäckerei gewesen war, Backwaaren direct oder indirect liefern wollten. In dem andern Fall hatte der Verein der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten beschlossen, daß jedes Mitglied bei Vermeidung einer Conventionalstrafe in jeden Bauvertrag eine wörtlich vorgeschriebene Streikklausel aufnehmen solle, wonach bei Ausständen oder Aussperrungen sich die Frist für die Bauausführung ohne Weiteres um die Dauer des Ausstandes oder der Aussperrung verlängern sollte. Das Reichsgericht hat diese beiden Verträge auf Grund von § 152 der Gewerbe-Ordnung für unverbindlich erklärt.

+ **Berlin**, 18. Juli. (Politische Phantasiereien.) Das „Berl. Tagebl." ist gefällig genug, dem Grafen Bülow eine schwere Sorge, die ihm nach der Meinung des Blattes seinen Sommeraufenthalt im Bad Norderney verkümmert, abzunehmen. Es stellt sich nämlich den Reichskanzler vor, wie er, am Meeresstrande einherwandelnd, unausgesetzt darüber grübelt, wie er wohl zu einer sicheren parlamentarischen Mehrheit kommen könnte. Das „Berl. Tagebl." ist bereit, ihm diese Mehrheit zu verschaffen. Der Reichskanzler braucht blos auf die Sätze des Zolltarifs zu verzichten und zu denen der gegenwärtigen Handelsverträge zurückzukehren, dann hat er die liberale Linke für sich. Ueber das Wesen dieser liberalen Linken ist sich freilich das „Berl. Tagebl." nicht ganz klar. Das ergiebt sich schon daraus, daß es meint, die liberale Linke stehe in Wehrfragen durchaus nicht mehr auf dem früheren negativen Standpuncte. Sie werde, wenn im nächsten Jahre eine neue Heeresvorlage komme, dieselbe sorgfältig prüfen, und was nun gar die Flottenforderung anbetreffe, so besäße man in liberalen Kreisen insonderheit für eine Verstärkung der Auslandsflotte zum Schutze des Handels große Sympathien, während das Wort von der „gräßlichen Flotte" agrarischen Kreisen entstamme. Das „Berl. Tagebl." operirt fortwährend mit dem Worte „man". Wer ist denn aber „man"? Doch wohl nur die freisinnige Vereinigung, denn die freisinnige Volkspartei hat gegen die letzte Heeresforderung ebenso gestimmt, wie gegen die beiden Flottenvorlagen, und sie wird im neuen Reichstage sicherlich nicht anders verfahren. Wir stehen in dieser Hinsicht mit unseren Sympathien sicherlich auf Seiten der freisinnigen Vereinigung, aber als Realpolitiker müssen wir in Erwägung ziehen, daß die freisinnige Volkspartei über genau doppelt so viel Mandate verfügt als die Vereinigung. Die 14 Mann der freisinnigen Vereinigung sind denn doch eine zu schwache Basis für die Bildung einer Mehrheit. Das „Berl. Tagebl." rechnet freilich auch nicht sowohl mit dem gegenwärtigen Reichstage als mit der Zusammensetzung des künftigen. Man lasse nur die Neuwahlen sich völlig frei und unter der Wahrung des Wahlgeheimnisses vollziehen, dann werde sich die Sache schon machen, wenn die Regierung die Parole ausgäbe: „Für oder wider Handelsverträge." Das „Berl. Tagebl." erhofft davon eine Mehrheit, sogar mit Ausschluß der Socialdemokratie. Es ist ein Zeichen vollkommener Unkenntniß der thatsächlichen Verhältnisse, wenn man den Wahlbeeinflussungen, wie sie hier und da vorkommen, einen entscheidenden Einfluß auf den allgemeinen Ausgang der Wahl zuschreibt. Das Entscheidende ist die Volksstimmung und nicht die Wahlbeeinflussung. Es ist ferner eine völlig phantastische Annahme des „Berl. Tagebl.", daß die „ungeheure Masse des Volkes" für den Fortbestand der gegenwärtigen Handelsverträge abstimmen würde. Von denjenigen Wählern aber, die in diesem Sinne stimmen werden, werden sicherlich fünf Siebentel der Socialdemokratie, zwei Siebentel den beiden freisinnigen Parteien angehören. Und mit einem auf diese Weise gewählten Reichstage sollte Graf Bülow in der Lage sein, „weitere Reformen trotz der Socialdemokratie" durchzuführen? Wenn Graf Bülow den Rath des „Berl. Tagebl." befolgt, so wird er allerdings auch nach unserer Meinung der Sorge um die Schaffung einer Mehrheit ledig werden, denn er wird dann im nächsten Jahre sorgenfrei am Strande der Nordsee lustwandeln können als — Exreichskanzler. Der ganze Artikel des „Berl. Tagebl." erinnert sehr lebhaft an seinen Artikel vor etwa 14 Tagen mit dem classischen Satze: „Wir verlangen nicht, daß sich die Polen als preußische Unterthanen fühlen"; die Fastnachtsstimmung scheint bei dem Blatte epidemisch geworden zu sein.

* **Berlin**, 18. Juli. (Ein amerikanisches Lohnsystem.) Die Erfolge der amerikanischen Industrie auf dem eigenen wie auf fremden Märkten, die den Anlaß zum Schlagwort von der „amerikanischen Gefahr" gegeben haben, basiren in erster Linie auf technischen Fortschritten, die sowohl die Verwendung von Maschinen als die Organisation der Arbeitsmethode betreffen, bei der vornehmlich auf eine constante Steigerung der Leistungsfähigkeit der Arbeiter Bedacht genommen wird. Ein beachtenswerthes Beispiel dieser Art bietet das Prämiensystem in verschiedenen amerikanischen Maschinenfabriken; dem jüngsten Bericht des englischen Consuls in Philadelphia entnimmt die „Soziale Praxis" hierüber folgende Mittheilungen: Nachstehendes Prämiensystem für die Entlohnung der Arbeiter ist gegenwärtig in mehreren großen Werkzeug- und Maschinenfabriken in Cincinnati in Kraft; die Bedingungen desselben sind:

1) Jedem Arbeiter wird sein regulärer Tagelohn garantirt, so lange er in Diensten der Firma oder der Gesellschaft steht.

2) Die für die Ausführung einer Arbeit vorgeschriebene Zeit soll nie kürzer bemessen werden, als die beste Zeit betrug, in der dieselbe Arbeit mit den gleichen Werkzeugen im Taglohn ausgeführt wurde.

3) Kein Arbeiter soll entlassen werden, weil es ihm nicht gelang diese Arbeitszeit zu unterbieten.

4) Führt ein Arbeiter die ihm zugewiesene Arbeit in kürzerer als der vorgeschriebenen Zeit aus, so erhält er als Zuschlag zu seinem regulären Lohn für jede ersparte Arbeitsstunde die Hälfte des auf diese entfallenden Lohnes.

5) Eine einmal fixirte Zeit für eine Arbeit soll nicht reducirt werden, außer bei Einführung von neuen Arbeitsmethoden für die betreffende Arbeit.

6) Die Prämie wird am nächsten Lohntage nach Vollendung der Arbeit ausbezahlt.

7) Nach Ablauf eines Jahres steht es jedem Arbeiter frei, außerhalb des Prämiensystems zu arbeiten.

8) Wird das System abgeschafft, so soll von den Arbeitern nicht eine gleiche Schnelligkeit ohne entsprechende Lohnerhöhung verlangt werden.

Die Bestrebungen der Arbeitgeber, das System zu verbreiten, werden angesichts der hervorragenden Resultate desselben begreiflich. Der Arbeiter verdient wohl mehr, aber die Leistungsfähigkeit der Fabrik wird dadurch wesentlich gesteigert und gleichzeitig werden die Arbeitskosten für jede einzelne Arbeit wesentlich verringert. Es erhellt dies z. B. aus folgenden Daten, betreffend die Ausführung einer und derselben Arbeit, für die eine Arbeitszeit von 40 Stunden vorgeschrieben wurde:

Arbeitszeit Stunden	Löhne pro Tag Doll.	Kosten der Arbeit Doll.
40	2	2.72
35	2	2.58
18	3.16	1.59
18	3.22	1.57

Durch das Prämiensystem wurde allmählich die für eine bestimmte Leistung erforderliche Arbeitszeit von 40 auf 18 Stunden und damit ihre Kosten von 2,22 auf 1,57 Dollar reducirt, wogegen der Arbeiter einen Prämienzuschlag von 1,72 Dollar für jeden Tag dieser Arbeit erhielt. Die Arbeitgeber behaupten, es wäre das einzig gerechte Lohnsystem, da innerhalb desselben jeder Arbeiter seiner Leistungsfähigkeit entsprechend entlohnt würde.

— In unterrichteten Kreisen wird es als recht unwahrscheinlich bezeichnet, daß die dem Bundesrath vorliegende Börsengesetznovelle dem Reichstage noch vor Erledigung der Zolltarifvorlage zugehen werde. Man wolle in Regierungskreisen durchaus die Complication vermeiden, die sich mit einem solchen Vorgehen in der politischen Situation ergeben würde. (Hamb. Nachr.)

— Der Wiener Correspondent der „Daily Mail" will aus guter Quelle wissen, Graf v. Bülow und Graf Goluchowski hätten ein Abkommen getroffen, wonach die deutsche Regierung mit allen Mitteln der von dem Alldeutschen in Oesterreich begonnenen Agitation in Deutschland entgegentreten solle, während andererseits die österreichische Regierung sich verpflichte, die unruhigen Elemente unter der polnischen Bevölkerung Oesterreichs zu verhindern, die preußischen Polen zum Widerstande gegen die Maßnahmen zu ermuthigen, welche die preußischen Behörden gegen die polnische Natio-

Feuilleton.

Caracas.

Von Otto Leonhardt.

Nachdruck verboten.

Die venezolanische Revolution, deren Entwickelung hier seit Monaten mit um so größerem Interesse beobachtet wird, als Deutschland bedeutende wirthschaftliche Interessen in Venezuela hat und zahlreiche Deutsche im Lande wohnen, scheint ihrem Abschluß entgegen zu gehen und zieht sich um die Hauptstadt Caracas zusammen, in deren Nähe, vor deren Thoren vielleicht die Führer der beiden Parteien sich wohl bald in einer Entscheidungsschlacht messen werden. Der bekannteste und in mancher Hinsicht auch interessanteste der neueren Präsidenten von Venezuela, Guzman Blanco, hat seiner Zeit erklärt, er wolle aus Caracas das New York Südamerikas machen, hinter dem tönenden Worte liegt immerhin so viel Wahrheit, daß Caracas durch seine Lage und durch die Fruchtbarkeit des Landes, dessen Hauptstadt es ist, das Zeug zu einer großen und blühenden Capitale hat. Die Stadt zählte schon im Beginne des 19. Jahrhunderts an die 50 000 Einwohner; aber das furchtbare Erdbeben vom 26. März 1812, das Tausende unter den Trümmern ihrer Häuser begrub, und die darauf folgenden politischen Ereignisse haben die Einwohnerzahl bis unter 20 000 herabgedrückt. 1867 war sie dann wieder auf 47 000 gestiegen und 1891 betrug sie 72 500, ein Wachsthum, das immerhin von der bedeutenden Lebenskraft und der Wichtigkeit der Stadt ein sprechendes Zeugniß ablegt. Aber diese wachsende Großstadt bereitet Dem, der sie zum ersten Male betritt, in der Regel eine arge Enttäuschung. Nichts findet er da von tropischer Ueppigkeit oder von phantastischer Erscheinung; er findet eine Stadt, die, wie die altspanischen Städte gewöhnlich, in regelmäßige Häuserquadrate eingetheilt ist. Sie ist sehr ausgedehnt, weil alle Häuser in Rücksicht auf die Erdbebengefahr nur einstöckig gebaut sind; und da die Häuser von Caracas zugleich jene aus dem alten Orient überkommene Bauweise festhalten, wonach die Häuser an der Straßenseite schmal und durchaus schmucklos gehalten werden, so sieht der Wanderer in den Straßen nichts, als Fenstergitter und Ziegeldächer, Ziegeldächer und Fenstergitter in endloser gerader Flucht, und nur die Farben der Häuser und die Geschäftsschilder bringen wenigstens einige Abwechselung in dies monotone Bild. So gesehen macht die Stadt geradezu einen ärmlichen Eindruck. Und doch ist sie das nicht. Tritt man in die dürftig erscheinenden Häuser ein und gelangt in den offenen Hof, das Patio, so blickt man mit freudiger Ueberraschung auf das liebliche Bild eines reichen und schönen Gartens, der vielleicht noch durch eine Fontäne Kühlung erhält; dieser Raum ist es, der den eigentlichen Mittelpunct des häuslichen Lebens bildet. Er ist Wohn- und Speisezimmer, Salon und Garten zugleich, hier werden Besuche empfangen, die Mahlzeiten eingenommen, die häuslichen Arbeiten verrichtet, und hier unter dem tiefblauen Himmel, unter Farbenpracht und üppigem Blüthenduft erkennen wir auch, daß wir uns in einer Tropenstadt befinden. Hinter den Fenstergittern der Straßenfront aber — Glasfenster sind in Caracas unbekannt — sitzen des Nachmittags und des Abends die schönen Caraquenas, Blumen in dem aufgelösten reichen schwarzen Haare, und knüpfen mit den vorübergehenden Bekannten ein Gespräch an. Die Caraquenas sind bekannt durch ihre Schönheit: schwarze Augen, prachtvolles Haar, ebenmäßige Gesichtszüge und ungewöhnliche Grazie der Bewegungen zeichnen sie aus, und ihre Feuerblicke haben auch schon manchen deutschen Landsmann versengt.

Der monumentale Theil von Caracas, der die Eintönigkeit seiner Anlage unterbricht, gruppirt sich um die Plaza Bolivar. Hier erhebt sich das eherne Reiterstandbild des Befreiers, hier das „Gelbe Haus" des Präsidenten, die unvermeidliche Imitation des Weißen Hauses in Washington, übrigens ein wenig bedeutendes Gebäude. Das Postgebäude, die Kathedrale, der erzbischöfliche Palast vollenden die architektonische Physiognomie der Plaza Bolivar; in der Nähe befindet sich das in griechischem Stile gehaltene Capitol, in dem die Parlamente tagen, und die gothische Universität, ein pompöses Gebäude, das vielleicht den imponirendsten Eindruck unter allen Baulichkeiten von Caracas macht. Aber die Plaza Bolivar ist nicht nur das monumentale Centrum der Stadt, sondern auch das Herz ihres Lebens. Hier treffen sich die Neugierigen, hier halten die Wagen und die Pferdebahnen, hier strömt die ganze Stadt zusammen, um zu plaudern und zu klatschen, zu sehen und gesehen zu werden, und wenn an den Abenden ein Orchester seine feurigen Weisen hier erschallen läßt, während das ganze elegante Caracas auf der Plaza auf- und abwandelt, dann entfaltet sich hier ein entzückendes Bild. „Ein Concertabend auf der Plaza Bolivar bleibt Jedem so unauslöschlich in der Erinnerung haften, wie die Fahrt in die blaue Grotte auf Capri oder die Beleuchtung des Heidelberger Schlosses durch bengalisches Feuer." Die Milde der Nacht, die Düfte der Tropenpflanzen, das klare Licht des Mondes und der feierliche Glanz des südlichen Kreuzes vereinigen sich mit dem lebendigen und heiteren Leben und Treiben auf dem Platze zu einem einzigen Bilde.

Und doch giebt es einen anderen Punct, wo man vielleicht ein noch schöneres Bild von Caracas in sich aufnehmen kann. Unweit des Bahnhofs erhebt sich der Calvarienhügel, den Guzman Blanco in eine herrliche Gartenanlage umgewandelt hat, und von hier aus hat man einen unvergleichlichen Blick auf die Stadt und ihre Umgebung. Hier überblickt man die ganze Längenausdehnung von Caracas, und über ihre Häuserquadrate, über das Grün der Zuckerrohrfelder und der Wiesen erheben sich die Bergriesen der Kette, die das Thal von Caracas von der Küste trennen. Den majestätischsten Anblick unter diesen Riesen giebt die silla de Caracas, der „Stuhl" von Caracas, der 2700 Meter hoch ist und zuerst von Humboldt bestiegen wurde. Die Schönheit dieses Anblickes wird gewöhnlich noch durch interessante atmosphärische Schauspiele erhöht. Steht man Nachmittags auf dem Calvarienberge, so dringen plötzlich dichte weiße Nebelmassen aus dem Gebirge heraus und ballen sich an den Bergen fest; besteigt man ihn Morgens, so ist die Stadt in das Nebelmeer versunken und nur ihre Kirchthürme tauchen wie Inseln daraus hervor. Das Klima von Caracas ist ein ewiger Frühling genannt worden, aber beim Anblick dieser Nebelgewölke glaubte sich schon Humboldt aus den milden Thälern der heißen Zone nach Deutschland, auf das mit Fichten und Birkenbäumen bewachsene Harzgebirge versetzt.

Wie schon bemerkt, darf man sich durch die beinahe ärmliche Außenseite der Stadt nicht täuschen lassen. Es herrscht viel Wohlhabenheit in Caracas. Tüchtige ausländische Elemente haben sich hier eine solide Existenz begründet und aus dem Lande ziehen neben zahlreichen Individuen, die das Gold auf dem Pflaster der Hauptstadt zu finden hoffen, doch auch viele wohlhabende Hacienderos nach Caracas, die hier die Früchte ihrer Arbeit in Ruhe und Behaglichkeit genießen wollen. Olinda erwähnt u. A. den großen Blumenluxus, der in Caracas getrieben wird; es sei, sagt er, nichts Seltenes, daß man sich mit Sträußen im Preise von 200—400 ℳ beschenkte. Dabei bleibt allerdings zu bedenken, daß der Geldwerth ein erheblich geringerer ist, als bei uns. Die persönliche Arbeitsleistung ist überaus theuer, und was bei uns die Mark ist, das ist dort im Allgemeinen der Peso (Dollar). Das geistige Leben der Stadt findet natürlich seinen Mittelpunct in der Universität. Auch auf diesem Gebiete hat der thatkräftige Guzman Blanco viel geleistet; und wenn auch das wankelmüthige, souveräne Volk von Venezuela später einmal sein Denkmal umgestürzt hat, so bleibt doch die Thatsache, daß Caracas Guzman Blanco viel verdankt, unumstößlich. Von ihm stammt die Bibliothek, die etwa 30 000 Bände zählt; von ihm das Museum, um das sich ein Deutscher, Dr. Ernst, große Verdienste erworben hat; es besteht in der Hauptsache aus einer Mineralien- und zoologischen Sammlung, aus ethnographischen Gegenständen und aus Objecten, die für die Geschichte des Landes von Interesse sind, wie z. B. der Sarg Bolivar's. Von Guzman Blanco stammt auch das Theater auf der Plaza de Carabobo, ein durch Größe und Reichthum überaus imponirendes Gebäude; die südamerikanischen Hauptstädte sind ja durch ihre Leidenschaft für Prachttheater bekannt, und so durfte auch Caracas nicht zurückstehen. Merkwürdiger immerhin war das Theater, das Humboldt in Caracas traf, in dem der Zuschauerraum ohne Decke war, so daß man die Schauspieler und den gestirnten Himmel zugleich beobachten konnte.

Mag Caracas auf den ersten Blick wenig anziehend erscheinen, wer länger dort wohnt, pflegt die Stadt mit ihrem herrlichen Gebirgspanorama, mit ihrer reichen Flora, mit den schönen Frauen und dem heiteren Leben, mit ihrem ewigen Frühling lieb zu gewinnen. Doch ihr Schicksal liegt in der Hand des Volkes von Venezuela; und so lange dieses Volk keine reifere Auffassung von seinen Pflichten gewinnt, so lange es den Staat nur als Ausbeutungsobject betrachtet, wird Caracas nie das werden, was es sein könnte.

SLUB
Wir führen Wissen.